



An den Vorsitzenden  
des Sozial- und Gesundheitsausschusses  
des Kreistages im Rhein-Kreis Neuss  
Herrn Dr. Hans Ulrich Klose

Kreishaus

41513 Grevenbroich

**SPD Kreistagsfraktion**  
**Rhein-Kreis Neuss**  
Geschäftsstelle im Willy-Brandt-Haus  
Platz der Republik 11  
41515 Grevenbroich

Telefon: (02181) 2250 20  
Telefax: (02181) 2250 40  
eMail: brigittebaasch.ktf@t-online.de  
Internet: www.spdkreisneuss.de

Grevenbroich, 27. August 2012

128/8 B.

## **Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.09.2012**

M

Die SPD Kreistagsfraktion beantragt, den Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention „Eine Gesellschaft für alle – NRW Inklusiv“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.09.2012 zu setzen und zu behandeln.

( Link: [http://www.mags.nrw.de/08\\_PDF/003/120703c\\_entfassung\\_nrw-inklusiv.pdf](http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/120703c_entfassung_nrw-inklusiv.pdf) )

Ziel ist es, die Themenbereiche aufzugreifen, die der Kreistag in seiner Zuständigkeit gestalten kann, um auf der kommunalen Ebene vor Ort einen Beitrag zur Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention zu leisten.

Um der Vielfalt der Themen gerecht zu werden, halten wir es für sinnvoll, den Aktionsplan in allen weiteren Ausschüssen des Kreistages zu behandeln.

**Begründung:**

Die UN- Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist eine Konkretisierung der allgemeinen Menschenrechte bezogen auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Bund und Länder haben sich verpflichtet, eigene Maßnahmen zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonventionen zu ergreifen.

Am 03. Juli 2012 wurde der Aktionsplan des Landes NRW vom Parlament verabschiedet. Seinen Inhalte in Dialogveranstaltungen gemeinsam mit den betroffenen Menschen erarbeitet. Ziel ist ein Perspektivenwechsel weg vom „Fürsorgezögling“ hin zu einem Leben in Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe als Bürgerin und Bürger. Dies kann nur gelingen, wenn wir alle gemeinsam eine Kultur des inklusiven Denken und Handelns entwickeln, wobei Menschen mit Behinderung von Beginn an beteiligt werden.

Hierbei kommt der kommunalen Ebene eine große Bedeutung zu bei der konkreten Gestaltung des Lebensumfeldes: Barrierefreiheit, Gestaltung des ÖPNV, der medizinischen Versorgung, Arbeits- Bildungs- Kultur- und Freizeitangebote.....

10% der Bevölkerung sind chronisch krank oder behindert, zählt man noch die wachsende Zahl älter werdender Menschen hinzu, handelt es sich also nicht um ein Problem von „Minderheiten“, sondern um die Chance, die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern.



**Rainer Thiel**  
**-Vorsitzender-**